

20 Jahre



„**k**ommunalpolitisches **f**orum“
Sachsen-Anhalt e.V.

Kommunal – Information

01.06.2013



Inhalt

1. Themen

- 1.1 Kommunaldatenbank
- 1.2 Kommunale Finanzen
- 1.3 Daseinsvorsorge
- 1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)
- 1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung
- 1.6 Verschiedenes

2. Problemfelder aus Landtag und Land

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

5. Kontakte

1.1 Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an felicitas.weck@die-linke.de.

1.2 Kommunale Finanzen

- **Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunal Finanzen 2003 bis 2012**
Die folgende Darstellung enthält Eckdaten zur Entwicklung und zur Struktur der Kommunal Finanzen (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten) in den alten und in den neuen Ländern im Zeitraum 2003 bis 2012.
- **Zum aktuellen Stand Basel III**
Die Finanzkrise hat dazu geführt, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Kreditinstitute in besonderer Weise im Fokus der Öffentlichkeit und der Gesetzgebung stehen. Die EU-Kommission hat ein Regelwerk entwickelt, das unter der Überschrift "Basel III", das

sog. "Capital-Requirements-Direktive"-Paket verhandelt wurde. Basel III, CRD IV-Paket. Der Stand der Verhandlungen [kann hier nachgelesen werden](#).

1.2 Daseinsvorsorge

- **Privatisierung: Die zweifelhafte Rolle der Gutachter**

Schulen, in denen es durchs Dach regnet, Schwimmbäder, in denen sich die Kacheln lösen. Straßen, die nur notdürftig geflickt werden: In vielen Orten verfällt die öffentliche Infrastruktur, denn vielen Kommunen fehlt schlicht das Geld, um den Sanierungsstau aufzulösen. Doch inzwischen meinen immer mehr Kämmer_innen, einen Ausweg aus dieser Situation zu kennen: Public-Private-Partnership, kurz PPP. Bei diesen öffentlich-privaten Projekten finanziert ein privater Investor den Bau vor und übernimmt typischerweise über zwei bis drei Jahrzehnte den Betrieb. Damit könne nicht nur schneller gebaut werden, das Ganze käme den Steuerzahler auch noch günstiger, versprechen die Befürworterinnen. Welch ein Irrtum! [Panorama hat eine Bericht dazu erstellt](#).

- **Girokonto für Hartz-IV-Empfänger**

Der Bundestag hat dem Girokonto für jedermann zwar eine Abfuhr erteilt. Nichtsdestotrotz startet die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen einem Bericht der Westdeutschen Zeitung zufolge eine Bundesratsinitiative, um jungen und armen Kunden zu mehr Rechten zu verhelfen. Im Mittelpunkt stehen Empfänger von Hartz-IV-Leistungen. Sie sollen, so der Plan, ...

- **Wie Stromkonzerne versuchen, Rekommunalisierung zu verhindern**

Land auf, Land ab bemühen sich Kommunen darum, die Stromnetze wieder in den kommunalen Besitz zu bringen. Doch die Stromkonzerne wehren sich. Dies zeigt jetzt eine Studie der GRÜNEN. Mehr dazu bei [umfairändern](#) und im [Spiegel-online](#).

- **Volksentscheid: Strom-Netz in Hamburg soll wieder verstaatlicht werden**

Die Hamburger dürfen über die Rückführung ihres Strom-Netzes in die öffentliche Hand abstimmen. Die Privatisierung hat keine Vorteile für die Verbraucher gebracht. UNSER HAMBURG – UNSER NETZ sieht sich nach der jüngsten Umfrage des Hamburger Abendblattes in seinem Anliegen bestätigt. Fast Zwei Drittel der Hamburger stimmen demnach für eine vollständige Rücknahme der Energienetze in die Öffentliche Hand. [Hier geht es zur Kampagnenseite](#).

1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)

- **Bürgermeister_in muss Ratsmitglieder umfassend informieren**

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen Ratsmitgliedern in Angelegenheiten der Kommune auf Antrag grundsätzlich umfassend Auskunft und Akteneinsicht gewähren. Die Anträge müssen nicht begründet werden. Dies hat die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Braunschweig entschieden. Mehr dazu [in einer Pressemeldung](#) des Verwaltungsgerichtes.

1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

- **Wohnungsneubau bleibt im Aufwind**

Der Wohnungsneubau in Deutschland bleibt auf Expansionskurs: Gegenüber dem Vorjahresmonat legt der KfW-Indikator Eigenheimbau im März um 2 Prozentpunkte zu. Trotz eines leichten Rückgangs am aktuellen Rand signalisiert der Indikator, neben weiteren Frühindikatoren, einen anhaltenden Aufwärtstrend. Dieser wird von den günstigen Rahmenbedingungen gestützt. Nach ...

- **Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung**

[Das Positionspapier](#) des Deutschen Städtetages konzentriert sich im Wesentlichen auf die Rahmenbedingungen und Chancen der Weiterentwicklung einer umfassenden kommunalen Beteiligungskultur jenseits einzelner Modellprojekte.

- **Bewältigung der Leerstandsproblematik in Kleingartenanlagen in strukturschwachen Regionen**

Das BBSR untersuchte die Leerstandssituation bei Kleingärten in strukturschwachen Regionen quantitativ und qualitativ. In 2012 durchgeführte Fallstudien in zehn Kommunen, die bereits über Erfahrungen bei der Bewältigung der Leerstandsproblematik verfügen, ergänzten die Befragungsergebnisse mit konkreten Vor-Ort-Eindrücken. Aus der Gesamtschau der

Befragungen und Fallstudien sind Lösungsansätze zum Umgang mit Leerstand ermittelt und Schlussfolgerungen für Kleingärtnerorganisationen und Kommunen abgeleitet worden, die mit den Befragungsergebnissen [in diesem Forschungsbericht](#) veröffentlicht sind.

- **Mietpreisexlosion stoppen** Die Bundesregierung betreibt Klientelpolitik für Immobilienbesitzer und Vermieter und verliert dabei die soziale Balance völlig aus dem Blick. Durch das von Schwarz-Gelb beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz, das seit dem 1. Mai 2013 gilt, wurden die Kosten der energetischen Gebäudesanierung einseitig bei den Mietern abgeladen und Mieterrechte weiter beschnitten. Das Mietrecht muss dringend zum besseren Schutz der Mieter geändert werden. [... MEHR](#)

1.6 Verschiedenes

- **Der digitale Stadtrat**
Ob Smartphone oder Tablet-PC - Menschen, die auf kleine Bildschirme starren, sind allgegenwärtig, sei es in der U-Bahn, im Park oder beim Flanieren durch die Stadt. Die digitale Revolution hält jetzt auch endgültig in den Oberasbacher (Bayern) Stadtrat Einzug, dafür werden die Mandatsträger mit iPads ausgestattet — auf Kosten der Steuerzahler. Noch ist der Amtsbote in ...
- **Ehrenamt in Städten und Gemeinden - Kommunalpolitik vom Aussterben bedroht**
Der Kieler Politologe Wilhelm Knelagen sagt: Wenn es nicht gelinge, Menschen für die Arbeit in ihren Dörfern zu begeistern, drohe ein Verwaltungsstaat. Stell' Dir vor, es ist Wahl aber keinen interessiert's. So oder so ähnlich könnte die Analyse eines jeden Kommunalpolitikers auf dem Land in Schleswig-Holstein ...
- **Dossier zu kommunalen Partnerschaften**
Unter dem Titel „Kommunale Partnerschaften – Vernetzt in der globalisierten Welt“ hat die Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion „welt-sichten“ ein Dossier zur Kommunalen Entwicklungspolitik herausgegeben. Das Dossier gibt einen Überblick über das Engagement deutscher Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit – angefangen von Projekt- und Städtepartnerschaften über grenzüberschreitende Netzwerke bis hin zum Erfahrungs- und Expertenaustausch. Das Dossier kann [über die Internetseite](#) bestellt oder heruntergeladen werden.
- **Klinikverkauf in Offenbach – Lehrstück für Kommunen**
Die Sana Kliniken übernehmen das hoch verschuldete Klinikum der Stadt Offenbach - für einen symbolischen Euro. Das hoch verschuldete Klinikum Offenbach soll ein Haus der Maximalversorgung bleiben. Die Sana Kliniken AG sieht Entwicklungspotenziale - unter anderem will der Konzern versuchen, stärker mit Niedergelassenen und benachbarten Kliniken zu ...
- **Erst Hoffnungsträger, nun Angeklagter**
Der frühere rheinland-pfälzische Finanzminister war einst ein Hauptpfeiler in der Regierung von Ministerpräsident Kurt Beck. 2009 stolperte der SPD-Politiker aber über die Nürburgring-Affäre. Es ging um die Finanzierung für den geplanten Ausbau der Rennstrecke. Eine angeblich reiche Persönlichkeit, die hinter dem Deal stand, entpuppte sich als mutmaßlicher Betrüger. Ein Fiasko ...

2. Problemfelder aus Landtag und Land

- **Dr. Helga Paschke zu TOP 17: Enquete-Kommission „Öffentliche Verwaltung konsequent voranbringen – bürgernah und zukunftsfähig gestalten“**
Ich möchte ich auf einige Aspekte hinweisen, bei denen es, wie wir meinen, noch Reserven gibt. Erstens. Sowohl in der letzten Enquete-Kommission als auch in der aktuellen Enquete-Kommission ist die Zeitspanne zwischen Einsetzung und erster Sitzung einfach zu lang gewesen. Wir haben zwar kein Enquete-Kommissions-Gesetz, das... [MEHR...](#)
- **Gerald Grünert zu TOP 21: Berücksichtigung der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5. März 2013 – (1BvR 2457/08) zur Festsetzung der Beitragserhebung auf das derzeitige Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt**
Kaum ein anderes Gesetz hat gravierenderen Einfluss auf die Einkommen der Grundstückseigentümer, wie das Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt. Seit

seiner Inkraftsetzung am 21. Juni 1991 hat es zahlreiche Änderungen der rechtlichen Normen gegeben. Ob das erste und zweite Heilungsgesetz oder das erste und zweite... **MEHR...**

- **Guido Henke zu TOP 01: Erfolgreichen Stadtumbauprozess in Sachsen-Anhalt entschlossen fortsetzen - Wohnraumförderung generationengerecht gestalten**

Der Antrag enthält nichts Falsches, hilft aber auch niemanden. Bestenfalls hält er das Thema Fortführung des Stadtumbaus auf der politischen Agenda. Er lässt bisherige Debatten, Miet- und Wohnungsmarkt-berichte, Regierungshandeln und -Antworten unbeachtet. Eine Kostprobe: Die SPD hat dem unsozialen Mietrechtsänderungsgesetz im Bundesrat nicht... **MEHR...**

- In der Fragestunde des Landtages stellte Guido Henke die Frage über:
Entgangene Grunderwerbssteuern beim Verkauf der Treuhandliegenschaftsgesellschaft

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE geht hervor, dass durch den im Verhältnis von 94,9 % zu 5,1 % gesplitteten Verkauf der TLG-Wohnungsbestände an zwei Tochtergesellschaften der TAG Immobilien AG die Fälligkeit der Grunderwerbssteuer auch zum Nachteil des Landes Sachsen-Anhalt verhindert wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe sind daraus dem Land Sachsen-Anhalt Einnahmen aus nicht erhobener Grunderwerbssteuer entgangen?
2. Welche politischen und rechtlichen Konsequenzen zieht die Landesregierung aus diesem Vorgang, um Vergleichbares künftig zu vermeiden?

Finanzminister Bullerjahn (SPD) erklärte in Beantwortung der ersten Frage, dass überschlägig geschätzt dem Land Sachsen-Anhalt Steuereinnahmen in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro entgangen sind, woran rein rechtlich nichts zu beanstanden sei. Um solche Steuereinnahmeverluste zukünftig zu vermeiden setze sich die Landesregierung in den Ausschüssen des Bundesrates gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür ein, die Rechtslage entsprechend zu ändern, so Bullerjahn weiter.

3. Veranstaltungen

- **5. Juni 2013**
Fachkongress: Wohnen, Siedlung und Infrastruktur in ländlichen Räumen
Veranstalter: [BMVBS](#)
Ort: Berlin
- **6. Juni 2013**
Potsdamer Kommunalrechtstage 2013
Veranstalter: [Kommunalwissenschaftliches Institut der Universität Potsdam](#)
Ort: Potsdam
- **17./18. Juni 2013**
7. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik: "Städtische Energien – die Rolle der Wirtschaft"
Veranstalter: [BMVBS, Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund](#)
Ort: Mannheim und Ludwigshafen
- **20.06.2013**
Kommunalpolitischer Tag in Halle
- **06.07.2013**
Treffen kommunaler Amts- und Mandatsträger
Veranstalter:
[Fraktion DIE LINKE. im Landtag und „kommunalpolitisches forum Sachsen-Anhalt e.V.“](#)
Ort: Halberstadt

4. Veröffentlichungen

- **Die Straße des Erfolgs. Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich**
Cornelia Heintze - Metropolis Verlag, 2013, ISBN-10: 3895189308
Kurzbeschreibung: Obwohl der Staat nicht zuletzt auf der kommunalen Ebene zurückgebaut

und notwendige öffentliche Investitionen vernachlässigt wurden, wuchs die öffentliche Verschuldung. Sie wuchs mit der Deutschen Einheit, mit den Steuersenkungen der Schröder-Ära, mit der Bankenrettung im Zuge der Finanzkrise. Während das öffentliche Gemeinwesen bei der Kinderbetreuung, bei Bildung, Pflege, Kultur und anderen Bedarfsfeldern unterfinanziert ist, entstand im Gegenzug gigantisches Privatvermögen und ein Teufelskreis der sozialen und kulturellen Spaltung kam in Gang. Schuldenbremse, Fiskalpakt und die erzwungene Austeritätspolitik vertiefen die Fehlentwicklung. Das vorliegende Buch setzt hier an. Nicht theoretisch-abgehoben, sondern unterlegt mit einer Fülle von empirischem Material, plädiert es für eine politische Richtungsänderung. Behandelt wird die Frage, was wir an öffentlicher Leistungserbringung benötigen, um von unten, von den Kommunen aus, eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Die in den fünf skandinavischen Ländern realisierten Alternativen dienen als Spiegel. Aufgezeigt wird ein Weg, bei dem der "local welfare state" als Dienstleister gute Arbeit erfolgreich verknüpft mit der Bewältigung sozialer, demografischer und ökologischer Herausforderungen. Auch für die Revitalisierung lokaler Demokratie bietet dies Anknüpfungspunkte, denn Demokratie wird entleert, wenn ihr Gestaltungsfeld schrumpft, weil sich der Staat aus der Leistungserbringung zurückzieht.

5. Kontakte

Gerald Grüner

Vorsitzender „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.
Kommunalpolitischer Sprecher Fraktion „DIE.LINKE“ - im Landtag von Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 560 50 06
Fax: (03 91) 560 50 20
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Mail: gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Siegfried Walter

Mitarbeiter Geschäftsstelle „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 7 34 82 00
Fax: (03 91) 7 34 81 67
Geschäftsstelle:
Walther-Rathenau-Straße 57
39104 Magdeburg
Mail: kf-isa@t-online.de